

**Kleine Anfrage Pascal Rub (FDP): Informationsfluss bei den Betreuungsgutscheinen**

Die Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) hat mit einer Medienmitteilung vom 30. Juni 2010 die Öffentlichkeit darüber informiert, dass Sie dem Stadtrat empfehlen wird, das Konzept der Betreuungsgutscheine als Gegenvorschlag zur KITA-Initiative vorzuschlagen. Der Stadtrat ist dann am 26. August 2010 diesem Vorschlag gefolgt und empfiehlt der Stimmbevölkerung die Betreuungsgutscheine zur Annahme.

Kurz vor der Verabschiedung der Botschaft durch den Gemeinderat informiert das kantonale Sozialamt die Stadt darüber, dass aus seiner Sicht die Betreuungsgutscheine nicht zum Lastenausgleich zugelassen werden.

Die zuständige Gemeinderätin Edith Olibet hat offenbar ebenfalls erst kurz vor besagter Gemeinderatssitzung von dieser Situation erfahren. Die SP/JUSO-Fraktion hat aber offenbar bereits in der Stadtratsdebatte vom 26. August 2010 von den Finanzierungsschwierigkeiten gewusst. Wir stellen deshalb dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Zu welchem Zeitpunkt (Datum/Zeit) hat die zuständige Gemeinderätin erstmals erfahren (schriftlich oder auch mündlich), dass das kantonale Sozialamt eine Lastenausgleichsberechtigung in Zweifel zieht?
2. Wie ist es zu erklären, dass die SP/JUSO-Fraktion ohne das Wissen Ihrer Gemeinderätin erfahren hat, dass das kantonale Sozialamt Bedenken anmeldet?
3. Wieso hat die zuständige Gemeinderätin – nachdem Sie an der Stadtratssitzung vom 26. August 2010 durch ihre Fraktion über die möglichen Finanzierungsschwierigkeiten gewarnt wurde – keine eigenen weiteren Abklärungen beim kantonalen Sozialamt vorgenommen und sich kurz vor der Verabschiedung der Botschaft durch den Gemeinderat – zusammen mit der SBK – von dieser Tatsache überraschen lassen?

Bern, 04. November 2010

*Kleine Anfrage Pascal Rub (FDP), Michael Köpfli, Claude Grosjean, Martin Trachsel, Barbara Streit-Stettler, Kurt Hirsbrunner, Sonja Bietenhard, Henri-Charles Beuchat, Edith Leibundgut, Dolores Dana*